



Eidgenössischen Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

info.paam@seco.admin.ch

Bern, 12. August 2020

Änderung des Entsendegesetzes

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die SP Schweiz begrüsst die vorgeschlagene Änderung des Entsendegesetzes. Die Kantone erhalten dadurch die Möglichkeit, Dienstleister aus der EU ebenfalls ihrem Mindestlohn zu unterstellen und diesen im Dumpingfall durchzusetzen. Um Anwendungskonflikte zwischen (höheren) Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen und kantonalen Mindestlöhnen zu verhindern, sollte allerdings in den kantonalen Erlassen klar festgehalten werden, dass der jeweils höhere Mindestlohn zur Anwendung kommt. Dank den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit hat sich der Schutz der Schweizer Löhne und Arbeitsbedingungen stark verbessert. Doch das Schutzdispositiv weist nach wie vor Lücken auf. So konnten bislang kantonale Mindestlöhne gegenüber ausländischen Entsendefirmen nicht durchgesetzt werden. Die vorgeschlagene Neuregelung schliesst diese Lücke, was die SP Schweiz sehr begrüsst. Auch die formelle Regelung, wie bei mangelhafter Wahrnehmung von Vollzugsaufgaben vorzugehen ist, unterstützen wir.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich,

Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Christian Levrat
Präsident

Luciano Ferrari
Leiter Politische Abteilung

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Theaterplatz 4
Postfach · 3011 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70